

Mit Energie in den Wahlkampf

KANTONS RAT Der Kantonsrat weist den regierungsrätlichen Energieplanungsbericht an den Absender zurück, weil er bezüglich Atomausstieg zu unklar sei. Der Antrag dafür kam von der CVP. Die SVP will es ihr bei den Wahlen heimzahlen.

Alle vier Jahre hat der Regierungsrat dem Kantonsparlament in einem Bericht seine Energiepolitik darzulegen. Der letzte, den der Kantonsrat gutgeheissen hat, datiert von 2006. Jener von 2010 wurde vom Regierungsrat noch vor der kantonsrätlichen Beratung wieder zurückgezogen – wegen der Reaktorkatastrophe von Fukushima im März 2011. Der neu erarbeitete Bericht 2013 ist nun gestern im Kantonsrat auf Ungnade gestossen – wegen der kommenden Wahlen. Zumindest unterstellten sich das die Parteien teilweise.

Die Unterhose der andern

In der Tat tönte es streckenweise recht wahlkämpferisch. Die CVP hatte im Verbund mit der EVP kurzfristig Rückweisung beantragt. Links-Grün blieb am Ende nicht anderes, als sich anzuschliessen – «und hat sich damit bis auf die Unterhosen ausgezogen», höhnte Lorenz Habicher

«Es besteht kein Widerspruch zu der Energiepolitik des Bundes.»

Regierungsrat Markus Kägi

(SVP, Zürich). Von Esther Guyer (Grüne, Zürich) tönte es zurück, es wäre schön, die SVP zöge überhaupt mal eine Unterhose an – um energiepolitische Blößen zu bedecken, meinte sie damit wohl.

In der Aussage auf Anhieb klar war das Votum von Orlando Wyss (SVP, Dübendorf). Er sagte, die CVP verscherze sich gerade die bürgerliche Unterstützung bei den Regierungswahlen im April 2015. Sie stelle sich einmal mehr gegen die Interessen des Gewerbes, das auf sicheren und günstigen Strom angewiesen sei.

Für die Regierungswahl ist ein bürgerliches Fünfticket im Gespräch, das neben den SVP- und FDP-Kandidaten auch CVP-Kantonsrätin Silvia Steiner (Zürich) umfassen würde. Sie enthielt sich gestern der Stimme, ebenso die

CVP-Kantonsräte Franco Albanese (Winterthur), Josef Wiederkehr (Dietikon) und Jean-Philippe Pinto (Volketswil).

Dass gleich vier der neun CVP-Mitglieder den eigenen Antrag nicht unterstützen würden, wusste Markus Späth (SP, Feuerthalen) noch nicht, als er das Wort ergriff. Aber er ahnte es schon. «Das wäre dann nicht eigenständig, sondern unanständig», sagte er.

Brücken bauen wollen

Dabei hatte die CVP nur Brücken bauen wollen. Ihre Bundesrätin Doris Leuthard hatte wenige Monate nach Fukushima mit der Ankündigung des Atomausstiegs bis 2050 einen Pflock eingeschlagen. Der Rückweisungsantrag von Yvonne Bürgin (CVP, Rüti) und Gerhard Fischer (EVP, Bäretswil) war denn auch verknüpft mit dem Auftrag an Baudirektor Markus Kägi, den Bericht zu überarbeiten und klar festzulegen, wie Zürich den Atomausstieg vollziehen will.

Kägi, seine SVP und die FDP stellten in Abrede, dass der Bericht diesbezüglich unklar sei. Er verlangt – im Gegensatz zur Fassung von 2010 – keine Erneuerung bestehender AKW mehr. Jedoch sollen bestehende Anlagen so lange weiterlaufen dürfen, als sie sicher und wirtschaftlich sind. So wolle das auch der Bund, versicherte Kägi. Und es entscheide ja nicht der Kanton Zürich, ab wann ein AKW als nicht mehr sicher gelte, sondern das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat.

Das CO₂ nicht vergessen

Gabriela Winkler (FDP, Oberglatt) erklärte, dass die Energieplanungsberichte ins Leben gerufen wurden, um die Reduktion von CO₂ im Auge zu behalten. Der Bericht halte an der Reduktion des Ausstosses auf jährlich 2,2 Tonnen pro Kopf bis 2050 fest, betonte sie. In Deutschland, so gab Hans Heinrich Raths (SVP, Pfäffikon) zu bedenken, gerieten die Ambitionen bezüglich CO₂ ins Hintertreffen, da der fehlende Atom- durch Kohlestrom kompensiert werden müsse. Michael Welz (EDU, Oberembrach) beklagte eine Umwelthysterie. Recht schroff fiel die Ablehnung des Berichts durch GLP und BDP aus. Es fehle die Vision, sagte Barbara Schaffner (GLP, Otelfin-



Knackpunkt Kernenergie: Wie lange sollen die bestehenden Kraftwerke noch laufen dürfen?

Keystone

gen). Er sei zu wenig aussagekräftig, lautete das Verdikt von Cornelia Keller (BDP, Gossau). Allseits anerkannt wurde andererseits, dass der Kanton Zürich teilweise auch energetisch vorbildlich ist – so bei den Neubauten. Links-Grün verlangte, dass es auch bei den Altbauten vorwärtsgeht. Zudem solle ein Absenkpfad für den Energieverbrauch im Verkehr de-

finiert werden. Auch wollte man nach dem Vorbild der Stadt Zürich das Thema Suffizienz (Selbstbegrenzung, etwa durch autofreies Wohnen) aufs kantonale Tapet bringen. All diese Nachbesserungen verlangte der Rückweisungsantrag von Andreas Wolf (Grüne, Dietikon), der aber nicht mehrheitsfähig war und daher für den CVP/EVP-Antrag zurückgezogen

wurde, in dem es allein um die Atomenergie ging. So resümierte denn SP-Fraktionschef Späth die links-grünen Forderungen abschliessend nochmals kurz fürs Protokoll. So wisse Kägi, wo er sie nachlesen könne. Dieser gab zu verstehen, dass er keinen Grund zur Eile sieht. Den nächsten Bericht gebe es regulär im Jahr 2017. *Thomas Marth*